

"Es trifft die Schwächsten der Schwachen."

Interview: Ulrich Kelber (MdB) im zweiten Teil über die Euro-Krise, die Generation Praktikum und den Papst-Besuch



Zurück zu **Teil 1**

Momentan gibt es eine existentielle Krise in Europa. Wie kann man eine Zustimmung für Pläne der SPD, wie etwa eine Einführung von Eurobonds schaffen, wenn den Menschen das Europawissen aufgrund von scheinbar fehlender Betroffenheit fehlt?

Wir brauchen ein Instrument, das endlich die Spekulation herausnimmt. Weil wir keins haben, mit dem sich Staaten zu einem ganz bestimmten Verhalten verpflichten und dann entlastet werden durch gemeinsame Bürgschaften, haben wir heute so etwas Ähnliches wie bedingungslose gemeinsame Staatsanleihen durch die EZB.

EU-Agrarkommissar Dr. Cadian Ciolos verwaltet bis zum Jahr 2020 etwa 419 Mrd. Euro und damit über die Hälfte des gesamten EU-Haushalts. Halten Sie es für bedenkenswert, dass er in Deutschland fast gänzlich unbekannt ist?

Nein, das hat mit der neuen Kommission zu tun. Auch Franz Fischler und andere waren nicht bekannter. Schade fand ich, dass Ciolos richtiger Ursprungsvorschlag für den Einsatz dieser Gelder wieder von Lobbyisten verwässert wurde. Ursprünglich wollte er es schwerpunktmäßig für die wirtschaftliche Entwicklung in landwirtschaftlichen Räumen, für Bodenschutz, Gewässerschutz, Kulturlandschaftserhaltung, Vielfalt und besonders gesunde Lebensmittel einsetzen. Das Problem ist jedoch eher, dass nun weiterhin viel von dem Haushalt von 419 Mrd. mit der Gießkanne verteilt wird. Wir Sozialdemokraten wollen übrigens auf das Thema Unbekanntheit der EU Kommission reagieren. Die sozialdemokratischen Parteien Europas werden zur nächsten Europawahl 2014 mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten antreten. Von dem könnten wir uns auch vorstellen, dass er zum nächsten EU-Kommissionspräsidenten gewählt wird.

Die Europäische Kommission ist aufgrund ihres Initiativrechts der Motor der europäischen Integration. Sie gibt die Agenda der EU vor. Müssten die Kommissare direkt durch die Bürger gewählt werden?

Nein, das würde nichts bringen. Aber das EU-Parlament sollte noch mehr Rechte bekommen. Es kann ja schon heute jeden Kommissar ablehnen und darf Kommissare vorschlagen. Es fehlen dem Parlament aber inhaltliche Initiativrechte in wichtigen Bereichen.

Die 2010 gegründete interfraktionelle Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ wird dafür kritisiert, dass die Ergebnisse enttäuschend sind, weil es zu keinen Einigungen u. a. in punkto Netzneutralität kommt und die Teilnehmer parteipolitische Interessen vertreten. Wie beurteilen Sie den Einsatz von Enquete-Kommissionen?

Positiv, weil man manchmal auch länger an einem Thema dranbleiben muss. Viele von diesen Kommissionen haben auch durch die Zahl von Sachverständigen viele wichtige Impulse geliefert. Die Enquete-Kommission zur nachhaltigen Energieversorgung wird heute noch oft als Faktengrundlage herangezogen. Die Enquete-Kommission demographischer Wandel lieferte wichtige Debattenbeiträge. Dass in der Enquetekommission in Augenblicken, wo eine Debattenabstimmung drohte, die Koalitions-Sachverständigen eine andere Position einnahmen und CDU/CSU/FDP dann mit Verfahrenstricks arbeitete, ist allerdings ein Ausrutscher, der nicht in Ordnung ist.

Die SPD legte 2010 einen Bundestagsantrag für eine Bearbeitung der aktuellen Regelungen im Berufsbildungsgesetz zur Beweislasterleichterung gegen Scheinpraktika vor. Was ist daraus geworden? Setzt sich die SPD auch weiterhin für das Thema Generation Praktikum ein?

Der Bundestagsantrag ist abgelehnt worden, er war noch vom früherem Arbeitsminister Olaf Scholz entwickelt worden. Es sollte festgelegt werden, wann ein Praktikum ein Praktikum ist und wann es nur für eine ganz normale Arbeit vorgeschoben wird. Wir glauben, dass man das regeln muss, um auch den Druck für Praktikanten herauszunehmen. Wir haben uns selbst zum fairen Praktikum bekannt. Wer ein Praktikum in der SPD-Fraktion macht, erhält ein Entgelt und darf nicht zu Arbeiten herangezogen werden, die ein normaler Mitarbeiter macht. Das Lernen sollte im Vordergrund stehen. Ich habe es eingeführt, dass die Praktikanten bei mir umgerechnet 400 Euro im Monat erhalten, um wenigstens ein paar ihrer Grundkosten zu decken. Sie sollen auch ein eigenes inhaltliches Projekt betreuen, das sie am Ende abliefern. Eine Expertise zu einem bestimmten Thema, das sie dann als Bewerbung für sich selber oder einen bestimmten Job nutzen können. Das besprechen wir am Anfang. Es ist z.B. ein bestimmtes Thema, das sie im Augenblick politisch interessiert.

Neuerdings haben auch Nichtmitglieder mehr Mitspracherecht bei Kandidaturen innerhalb der SPD. Wie werden Nichtmitglieder zukünftig beteiligt?

Ich wäre für noch sehr viel weitergehende Verfahrensweisen gewesen. Wir werden vermutlich auf dem Bundesparteitag eine einheitliche Regelung für den Fall, dass örtliche Gliederungen so etwas machen, finden. Wir wären doof, wenn wir unsere Sympathisanten nicht für die Auswahl von Kandidaten einbinden würden, über die sie als Wähler später abstimmen sollen. Die Bonner SPD hat die Vorwahlen am 19.11. mit Mehrheit beschlossen.

Wie hat Ihnen der Papst-Besuch im Bundestag gefallen? Sie waren ja im Plenum als Abgeordneter anwesend, als der Papst gesprochen hat.

Ich fand die Einladung des Papstes in den Bundestag falsch. Er hat dort natürlich nicht als Staatsoberhaupt eines undemokratisch regierten Zwergstaates gesprochen, sondern als religiöser Führer. Religiöse Führer haben wir bisher nicht eingeladen. Ich hoffe, dass wir das auch in Zukunft nicht tun. Wir sind ein säkularer Staat und wir laden die Staatsoberhäupter von demokratisch regierten Staaten ein. Punkt. Von daher war die Einladung falsch. Die Rede war auch deplatziert. Gleichzeitig ist es, wenn der Bundesstaat die Einladung ausspricht, eine Frage der Höflichkeit im Plenum zu sein, deswegen war ich im Plenum anwesend.

Einige waren aber aus Protest nicht im Plenum.

Ich habe auch meine Kritik gegenüber dem einen oder anderen aus dem linken Spektrum wegen des Boykotts geäußert. Es würde denen gut anstehen, wenn man nicht nur auf die negativen Punkte der katholischen Kirche verweist. Man könnte auch mal darauf verweisen, wo die katholische Kirche längst ein Partner der politisch linken Gruppierungen ist. Die Sozialpolitik und Umweltpolitik der Kirche ist ja längst nicht mehr eine, die die sogenannten christlichen Parteien unterstützt. In der Sozial- und Umweltpolitik steht die katholische Kirche eins zu eins bei der SPD. Auch diese sehr positiven Einflüsse der katholischen Kirche sollte man mal sehen. Dass dort ein Altherrenclub Frauenrechte, die Gleichberechtigung von Homosexuellen und auch Demokratie mit Füßen tritt muss ich deswegen nicht verschweigen, sondern werde ich weiter heftig kritisieren.

Mit welchem Personal wurden die freien Plätze der Protestler besetzt?

Auch bei anderen Besuchen wird zusätzlich bestuhlt und Gäste eingeladen, das ist üblich. Bei uns waren es sehr viele ehemalige Abgeordnete, die sich auch gewünscht haben, im Plenum anwesend zu sein.

Was hat Sie dazu bewogen, als Gläserner Abgeordneter Ihre Steuererklärung auf Ihrer Homepage offen zu legen?

Die Leute haben einen Anspruch darauf. Schon als Kommunalpolitiker habe ich meine Einnahmen aus der Kommunalpolitik und meine Ausgaben dafür offen gelegt. Jetzt mache ich Politik hauptberuflich. Die Menschen sollen sehen, dass mein Einkommensquelle zu 99% das Abgeordnetengehalt ist. Die Bürger sollen wissen, woran sie sind und dass es keinen fremden, finanziellen Einfluss auf mich gibt.

Wen sehen Sie als Bundeskanzlerkandidaten der SPD für 2013?

Dies sage ich Ihnen Ende 2012.

Vielen Dank für das Interview!

Zurück zu [Teil 1](#)

Autor: Ansgar Skoda **Bild:** Ansgar Skoda / 13.12.2011

[Artikel drucken](#)